



märkische linke

DIE ROTE ZEITUNG – DAS MEINUNGSMEDIUM FÜR DEN KREIS OSTPRIGNITZ-RUPPIN

Juli 2020 – www.dielinke-opr.de



Ganz Neuruppim im Blick.

Klier macht das.

Gerd Klier erhält Rückenwind für seinen Anlauf, Neuruppiner Bürgermeister zu werden. Auf der Nominierungsveranstaltung der Partei DIE LINKE, welche am 02. Juli stattfand, erhielt der Rechtsanwalt und Stadtverordnetenvorsteher 23 von 23 abgegebene Stimmen. Mit seinen Antworten auf Fragen aus den Reihen der Mitgliedschaft konnte er alle Anwesenden davon überzeugen, der richtige Kandidat für das Bürgermeisteramt zu sein. **Lesen Sie mehr dazu im Interview auf Seite 7.**

Zurück zur Normalität oder ein Leben mit Corona gestalten?

Die Landesregierung Brandenburg hat beschlossen, nahezu alle gravierenden Beschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie aufzuheben. Die Fallzahlen der Neuinfektionen in der 23. und 24. Kalenderwoche (Anfang Juni) tendierten landesweit gegen Null. Somit wurde ab dem 15. Juni die Regelbetreuung in den Kitas wieder eingeführt und die Schulen, so die Ankündigung, werden nach den Sommerferien zum Normalbetrieb übergehen.

Diese Entscheidungen haben bei vielen Familien zu einem großen Aufatmen geführt. Die letzten Wochen haben vielen Menschen sehr viel abverlangt. Neben Home-Office auch noch die Kinderbetreuung in den eigenen vier Wänden umfassend zu bewerkstelligen, brachte viele an den Rand des Leistbaren. In den Statistiken mehren sich die Fälle von häuslicher Gewalt. Kinder aus den einkommensschwachen Haushalten wurden noch stärker benachteiligt als zuvor, da schlicht die technischen Voraussetzungen fehlten, um via Internet qualitativ hochwertig beschult zu werden. Die soziale Ungleichheit benachteiligte diese Kinder noch stärker als zuvor.

Unter diesen Vorzeichen fanden vom 17. bis 19. Juni die letzten Sitzungen des Landtages Brandenburg vor der Sommerpause statt. DIE LINKE. Landtagsfraktion hatte sich gut vorbereitet und stellte eine Reihe von konkreten Anträgen zur Diskussion und Abstimmung. In zwei aktuellen Stunden wurde über die Situation an den brandenburger Schulen debattiert. Unser Vorschlag, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien Laptops kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen, wurde von der Kenia-Koalition mit der Absichtserklärung »gekontert«, dass die Schulen schneller ans digitale Netz angeschlossen und die Lehrer*innen in naher Zukunft umfassend geschult werden sollen.

Wie der Mehrbedarf an Lehrkräften gedeckt werden soll, wenn Lehrer*innen, die zu den Risikogruppen gehören, weiterhin ausfallen, dazu blieb die Bildungsministerin die Antwort schuldig. Ähnlich übrigens bei der Debatte zu Situation in den Berufsschulen. Auch hier fehlen demografisch bedingt zunehmend Fachkräfte. DIE LINKE stellte deshalb einen Antrag, der vorsah, dass schnellstens eine Ausbildung von Berufsschullehrer*innen an der Universität Potsdam ermöglicht wird.

Fortsetzung auf Seite 3

Leitartikel

Der richtige Kandidat zur richtigen Zeit.

Die Neuruppiner Bürgerschaft sowie alle politisch interessierten Menschen im Landkreis dürfen sich auf spannende Monate bis zum 8. November gefasst machen. Erst dann wird entschieden, wer die nötigen Stimmen der Bürger*innen erhält, um die Entwicklung der Fontanestadt aktiv mitgestalten zu können. Gerd Klier (DIE LINKE), der fest im Leben steht und weitreichende Erfahrungen vorweisen kann, erhielt von seiner Partei den Rückhalt, der benötigt wird, um in den Wahlkampf starten zu können. Ganz anders verlief es beim Kandidaten der AfD. Wie soll ein Bürgermeister die Interessen aller Bürger*innen vertreten, wenn er es nicht einmal schafft, das Vertrauen der eigenen Leute, oder im Falle von Herrn Arndt (parteilos), das Vertrauen einer Partei zu erhalten? DIE LINKE ist jedenfalls willens und fähig, den Bürgern ein ernsthaftes und glaubwürdiges Angebot zu unterbreiten.

Am 8. November steht zu viel auf dem Spiel, als dass die Stadtpolitik einem Entscheidungsträger ohne ausreichende Erfahrung angetragen wird. Die auftretenden Unsicherheiten müssen in ruhigen und erfahrenen Händen liegen, damit sie bewältigt werden können. Auch aus diesem Grund kündigte der Stadtverordnetenvorsteher Gerd Klier an, ein umfassendes Wahlprogramm zu präsentieren, welches darauf Bezug nimmt. Im Kern geht es Klier darum, die Entwicklung der ganzen Stadt im Blick zu haben. Sein Motto lautet: Die Stadt den Jungen und den Alten, den Großen und den Kleinen.

Justin König

Leitender Redakteur

2

Meinungen

Interview mit Dr. Kirsten Tackmann

Die Abgeordnete kündigte an, nicht erneut für den Bundestag zu kandidieren.

5

Kommunalpolitik

Pimp Your Town! – Fehrbellin

Dieter Sarnow berichtet über den Erfahrungsaustausch mit der Jugend.

7

Wahlkampf

Interview mit Gerd Klier

Überzeugen Sie sich, ob Gerd Klier auch Ihre Stimme verdient.

Kommentar

Hochmut kommt vor dem Fall

Das beste Beispiel dafür ist der CDU-Politiker Philipp Amthor. Er ist ein junger Mann, der außer Kreißaal, Hörsaal und Plenarsaal noch nichts vom realen Leben kennengelernt hat. Trotzdem wurde er zum Hoffnungsträger der CDU, als er im Alter von 25 Jahren in den Bundestag einzog. Sein Jura-Studium hatte er mit einem CDU-Stipendium finanziert und dachte, es geht so weiter. Mit seiner sehr konservativen Einstellung kroch er führenden CDU-lern in den Allerwertesten und plante, in MV bei der nächsten Ministerpräsidentenwahl zu kandidieren. Nun ist Amthor ein Mensch, der vom Luxus fasziniert sein soll. Anscheinend reichen ihm die monatlichen Diäten nicht aus, weshalb er sich beim Bundeswirtschaftsminister für ein amerikanisches Unternehmen einsetzte. Im Gegenzug finanzierte ihm das Unternehmen Reisen in die USA mit Aufenthalt in teuren Hotels, er bekam einen Direktorenposten und Aktienoptionen. Dort pflegte er auch Kontakte zu Ex-Minister von Guttenberg und Ex-Verfassungsschutzchef Maaßen. Ob Amthor gegen das Abgeordnetengesetz verstoßen hat, muss noch geklärt werden. Auf jeden Fall fußt sein Handeln auf einer CDU-Tradition. Als all das bekannt wurde, stellte sich Bundestagspräsident Schäuble hinter Amthor, was kein Wunder ist. War doch Schäuble selbst in die CDU-Spendenaffäre unter Kohl involviert. Wenn sich Abgeordnete des Bundestages von Wirtschaftsunternehmen »schmierem« lassen, ist das ein Skandal. Aber diese Skandale müssen mehr als bisher aufgedeckt werden. Das ist seit Jahren eine Forderung der LINKEN. Dietmar Bartsch hat es auf den Punkt gebracht, indem er Bundestagsabgeordneten vorschlägt, »dass jeder die Firmenlogos der Firmen, für die er oder sie nebenbei arbeitet, auf den Jacketts trägt. Viele von Ihnen würden dann aussehen wie Rennfahrer der Formel 1.«

Achim Müller

»Ich habe lange überlegt, und dabei viele verschiedene Interessen abgewogen.«

Seit 2005 kämpft Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE) für eine gerechte und nachhaltige Landwirtschafts- und Agrarpolitik. Nun kündigte die Abgeordnete an, nicht erneut für den Bundestag zu kandidieren. Unsere Redaktion hat der Politikerin fünf Fragen gestellt.

Liebe Frau Tackmann, Sie sind nun genauso lange Mitglied des Deutschen Bundestages wie Frau Merkel Bundeskanzlerin ist. Jetzt kündigten Sie an, nicht erneut für den Bundestag zu kandidieren. Gab es in der Zeit Ihrer Abgeordnetenlaufbahn einen Augenblick, den Sie als Ihren persönlichen Höhepunkt bezeichnen würden?

Kirsten Tackmann: Ganz klar der 9. Juli 2009. Das war der Tag, an dem Verteidigungsminister Jung auf die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide verzichten musste. Was aus heutiger Sicht manchmal als selbstverständlicher Sieg angesehen wird, wurde hart erkämpft. Der Erfolg war nur möglich durch das breite gesellschaftliche Bündnis im Bombodrom-Widerstand und die Verbindung von aktiven politischen Engagements außerhalb und in den Parlamenten mit juristischen Mitteln.

Das ist wirklich bemerkenswert! Zum Dasein einer Oppositionspolitikerin gehören natürlich auch Niederlagen und eine ehrliche Selbstbetrachtung. Was geht Ihnen diesbezüglich als erstes durch den Kopf?

Kirsten Tackmann: Ich bin nicht zum Geldverdien im Bundestag, sondern um Probleme zu

lösen. Aus dieser Sicht ist es eine Niederlage, dass Betroffene von Hartz IV, Armutsrenten – gerade in Ostdeutschland – und Niedriglohn immer noch am Rand der Gesellschaft oder bereits jenseits leben. Dass mit der AfD eine offen rassistische Partei mit Neonazi-Anteilen in Parlamente gewählt wird, ebenso wie die Tatsache, dass die Bundeswehr weiter im Ausland unterwegs ist und die Verteidigungsausgaben steigen. Das darf uns aber auf keinen Fall entmutigen, sondern muss weiter Ansporn sein, dran zu bleiben. Man braucht einen langen Atem. Aber die Betroffenen brauchen unsere Stimme.

Wie bewerten Sie die Entwicklung der Linksfraktion im Bundestag? Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Kirsten Tackmann: Ich wurde 2005 Bundestagsabgeordnete im klaren Bewusstsein der schweren politischen Niederlage, als wir 2002 nur noch mit zwei MdB vertreten waren. Der Weg zurück war sehr schwer und der Erfolg alles andere als selbstverständlich. Deshalb gehörte der Schwur für mich immer dazu, alles dafür zu tun, dass das nie wieder passiert. Nicht aus Eigennutz, sondern weil ich davon überzeugt bin, dass unsere Stimme

Gewinner und Verlierer des Monats

Eine kritische Bewertung der politischen Entscheidungsträger



Wer hätte denn damit gerechnet? Ausgerechnet in Krisenzeiten zeigt die Europäische Union (EU) Handlungsfähigkeit. Wo es sonst an der Einigkeit der Mitgliedsstaaten fehlte, wurden während der Corona-Krise dringende Gesetze und Verteilungsfragen schnell beschlossen. Im Gesundheitssektor zeigte sich aufgrund der rigorosen Sparpolitik ein großes Risiko. Das Fehlen von Schutzmaterialien potenzierte dieses Risiko. Die Ursache besteht darin, dass die Produktion ins billige Ausland verlagert wurde. Erstaunlicherweise erkannte die EU die negativen Folgen der Globalisierung. Ihre Schlussfolgerung ist, dass strategische Industrien im Gesundheitssektor, auch die Arzneimittelproduktion, zurück nach Europa geholt werden sollen. **Wegen dieser Erkenntnis ist die EU auch die Gewinnerin des Monats.**



Das war es wohl Herr Laschet, die Kanzlerschaft rückt immer weiter weg. Sie waren der erste MP, der trotz Warnungen Lockerungen verfügte, und nun noch der Tönnies-Skandal. Anstatt Konsequenzen aus den Corona-Skandalen in anderen Schlachthöfen zu ziehen, ließ er Deutschlands größten Fleischverarbeiter Tönnies, der in seinem Bundesland ansässig ist, ungestört weiterarbeiten. Und das, obwohl der Landesregierung seit Jahren die Missstände in diesem Konzern bekannt waren. Und was taten Sie? Sie behaupten, die Leiharbeiter seinen an dem Corona-Ausbruch schuld, jedoch keine Kritik an dem Unternehmer Tönnies. Ach ja, hat doch Herr Tönnies in den letzten Jahren mehrere fünfstelligen Summen an die CDU gespendet. **Deshalb ist Armin Laschet der Verlierer des Monats.**

für Frieden, soziale Gerechtigkeit und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen wichtig ist. Aber ob sie gebraucht wird, entscheidet die Wählerschaft. Mir scheint, dass das manchmal vergessen wird, und wünsche mir weniger persönliche Eitelkeiten.

Können Sie sich vorstellen, dass es für die Zeit nach 2021 auch mehr Gestaltungsspielräume für DIE LINKE gibt, beispielsweise als Akteur in einer rot-rot-grünen Bundesregierung?

Kirsten Tackmann: Ich bin – auch aus den Erfahrungen im Bombodrom-Widerstand – überzeugte Bündnispolitikerin und habe immer für ein rot-rot-grünes Bündnis gearbeitet. Aber nicht als taktisches, sondern inhaltlich strategisches Bündnis. SPD und Grüne müssen das aber auch wollen, sonst macht es wenig Sinn. Und auch DIE LINKE braucht dafür einen klaren, eigenständigen politischen Fahrplan und deutlich erkennbare politische Ziele, mit denen die gesellschaftlichen Mehrheiten nach links verschoben werden und sich die Lebensbedingungen für die Mehrheit wirklich verbessern.

Abschließend wäre es interessant zu erfahren, wie Sie das letzte Jahr als Abgeordnete bestritten werden. Was haben Sie sich alles vorgenommen?

Kirsten Tackmann: Fachpolitisch gibt es weiter sehr viele Baustellen. Die Agrarbetriebe brauchen wieder eine Perspektive in der regionalen Versorgung, damit sie auch dann von ihrer Arbeit

leben können, wenn sie mit Verantwortung für Tier, Natur und Klima arbeiten. Sonst werden landwirtschaftsfremde Investoren immer mehr Betriebe übernehmen. Im Wald brennt es im übertragenen, aber auch im direkten Sinn, die Fischerei ist in Existenznot. Der Aktionsplan Klimagerechtigkeit der Bundestagsfraktion, mit dem Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit eng verknüpft werden, muss mehr werden als klug beschriebenes Papier. Hier vor Ort will ich die Grundlagen für einen erfolgreichen Wahlkampf schaffen.



Zurück zur Normalität oder ein Leben mit Corona gestalten?

Fortsetzung von Seite 1

Die Koalition möchte jedoch zunächst erst mal umfangreich prüfen, ob, wo und wie dieses Problem gelöst werden kann. Antworten und Lösungsvorschläge werden nicht vor Ende 2021 erwartet.

Testen, testen - Kapazitäten sind vorhanden!

Wie die letzten Tage bewiesen haben, ist die Gefahr einer COVID-19-Infektion noch lange nicht gebannt. Die Neuinfektionen steigen auch in Brandenburg wieder an. Betroffen sind vor allem Gemeinschaftsunterkünfte von Geflüchteten, aber auch Schulen und Kita's. Eine wesentliche Forderung der LINKEN war deshalb die Erarbeitung einer Teststrategie, um Infektionen rechtzeitig zu erkennen und Infektionsketten zu unterbrechen. Dazu erforderlich wären – so ein diesbezüglicher Antrag – regelmäßige Testungen des Personals an Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und in Gemeinschaftsunterkünften. Der Antrag wurde leider abgelehnt. Die Landesregierung hat aber trotzdem ein Testkonzept vorgelegt. Darin vorgesehen sind stichprobenartige Untersuchungen in Pflegeeinrichtungen, Tests in ausgewählten Bereichen der Krankenhäuser und die freiwillige Testung von Lehrkräften und Erzieher*innen. Letzteres soll aber erst nach den Sommerferien geschehen. Als unverantwortlich und grob fahrlässig wird dies

von der LINKEN kritisiert. Erst acht Wochen nach Aufnahme des Regelbetriebs in den Kindertagesstätten mit den Testungen zu beginnen, ist nicht zu akzeptieren, und birgt die große Gefahr eines unkontrollierbaren Ausbruchs.

Dabei mangelt es nicht an Testkapazitäten. Pro Woche stehen laut Robert-Koch-Institut deutschlandweit 1,1 Mio. Testungen zu Verfügung, in Brandenburg 63 Tsd. Getestet wurden aber pro Woche zuletzt nur 330 Tsd. Menschen deutschlandweit und in Brandenburg 6.500. Ein Skandal! Hinzu kommt: In Brandenburg werden die sogenannten Teststellen abgebaut, noch ganze 27 sind vorhanden. Im April waren es noch über 60. Im gesamten Norden Brandenburgs befinden sich noch zwei Teststellen (Neuruppin und Prenzlau). Das COVID-19-Virus wird uns noch eine lange Zeit begleiten. Erst Anfang nächsten Jahres ist mit einem wirksamen Impfstoff zu rechnen. Ein Leben mit dem Virus ist möglich. Dazu notwendig sind Hygieneauflagen, gegenseitige Rücksichtnahme, Vorsicht und regelmäßige Testungen in den gefährdeten Bereichen.

Ronny Kretschmer
Mitglied des Landtages

Anmerkung der Redaktion: Wie schnell sich die Lage mit einem Hotspot vor Ort ändern kann, zeigt die Neuruppiner Kita Miteinander.

Kurzmeldungen

Niemand ist vergessen!

Am 1. Juli gedachten im Neuruppiner Rosengarten etwa 60 Menschen der Ermordung von Emil Wendland vor 28 Jahren durch Neonazis.

Emil Wendland musste sterben, weil er aufgrund von Wohnungslosigkeit und einer Alkoholkrankheit nicht in das rechte Weltbild seiner Mörder passte. In der Verhandlung wurde das sozialdarwinistische und klassistische Motiv der Täter an mehreren Punkten deutlich.

Kein Vergeben!

Kein Vergessen!

Im Gedenken an

Emil Wendland und alle Opfer rechter Gewalt!

Ombudsmann nimmt Arbeit auf

Ende Mai war Kai Maslowski von den Abgeordneten des Kreistages einstimmig zum neuen Ombudsmann für Ostprignitz-Ruppin gewählt worden. Am 01. Juli hat er offiziell das Ehrenamt angetreten und ist nun Ansprechpartner für Bürger*innen in bestimmten Streitfällen. So geht es vor allem um Streitangelegenheiten zwischen Empfängern von Arbeitslosengeld II beziehungsweise Grundsicherung auf der einen und der Verwaltung auf der anderen Seite. Dabei soll der Ombudsmann versuchen, in solchen Fällen zu vermitteln.

Kai Maslowski hat einen Bachelorabschluss in Marketingkommunikation und zudem eine abgeschlossene Ausbildung zum Rechtsanwaltsfachangestellten. Er ist in einem Ferienpark als Junior Marketing Manager beschäftigt und hat bereits Erfahrungen im Umgang mit Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen sammeln können. Herr Maslowski ist in seiner Funktion als Ombudsmann unter der folgenden Telefonnummer erreichbar:

0173 6534274 oder per E-Mail: ombudsperson@opr.de



Bundespolitik

NSU 2.0 - Morddrohungen gegen Janine Wissler

Die Frankfurter Rundschau und der Hessische Rundfunk berichten, dass Janine Wissler, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag, weitere rechtsextremistische Schreiben mit Morddrohungen erhalten hat – unterschrieben mit NSU 2.0. Dazu erklärt Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag: „Dass unsere Fraktionsvorsitzende erneut Morddrohungen erhalten hat, bestärkt uns darin, den Kampf gegen rechte Bedrohungen und rechten Terror zu verstärken. Wir werden uns von den in einem menschenverachtenden Duktus geschriebenen, anonymen Schreiben nicht beeindrucken lassen. Wir fordern alle Demokratinnen und Demokraten auf, diesen Kampf ebenfalls entschieden zu führen.“

Mit Verwunderung nehme DIE LINKE zur Kenntnis, dass Ermittlungen wegen des Versands von Morddrohungen, die vor Jahren bereits auch die Frankfurter Anwältin Seda Basay-Yildiz erhalten habe, bisher zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt hätten, so Schaus.

„Da im aktuellen Fall private, nicht öffentlich zugängliche Daten von Wissler in einem Wiesbadener Polizeirevier abgerufen wurden – anders als bei Basay-Yildiz – steht ein schlimmer Verdacht im Raum: Offenbar ist das rechte Netzwerk in der hessischen Polizei größer, als bisher von offizieller Seite eingeräumt. Und wieder gilt: Auch die Informationspolitik von Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) wirft viele Fragen auf. Nach derzeitigem Stand hat Minister Beuth entweder keine Kenntnisse von brisanten Vorgängen in den Behörden, für die er zuständig ist. Oder er hat diese Kenntnisse und er hat versucht, diese Vorgänge unter dem Teppich zu halten.“

Rentenlücke endlich schließen!

Zur turnusmäßigen Rentenanpassung am 1. Juli 2020 erklärt die Co-Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Anja Mayer: "In schöner Regelmäßigkeit klopft sich die Bundesregierung auf die Schulter, weil die Ost-Renten wieder ein wenig mehr steigen als die West-Renten. Dabei drückt sie sich um die Beseitigung einer inzwischen seit 30 Jahren bestehenden Ungerechtigkeit. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung werden Menschen noch immer dafür bestraft, dass sie ihre Arbeitskraft im 'falschen' Teil Deutschlands eingesetzt haben. Selbst Arbeitnehmer*innen, die heute in Rente gehen und den größten Teil ihres Arbeitslebens im vereinigten Deutschland verbracht haben, werden als Rentner*innen zweiter Klasse behandelt. Diese Ungerechtigkeit muss sofort und endgültig beseitigt werden – nicht erst mit einer Stufenanpassung, die noch fünf weitere Jahre in Anspruch nehmen soll!"

**Pimp Your Town in Fehrbellin: Eine Demokratie-Simulation**

Mit Unterstützung des Vereins Politik zum Anfassen e. V. und echten Kommunalpolitikern machten 100 Schülerinnen und Schüler der Fehrbelliner Oberschule »Am Rhin« vom 10. bis 12. März gemeinsam Politik. Nach einem kommunalpolitischen »Crashkurs« entwickelten sie aus ihren Ideen eigene Anträge, über die anschließend diskutiert wurde. Dabei wurden sie von regionalen Kommunalpolitikern begleitet, die ihnen mit Rat und Tat zur Seite standen. Auch die Fehrbelliner LINKE war mit der Lehrerin Monika Kerner, dem Gemeindevertreter Dieter Sarnow sowie der Kreistagsabgeordneten Ines Nowack stark vertreten.

Zunächst wurden Fraktionen gebildet, ehe in drei parallel tagenden Ausschusssitzungen die Tagesordnung diskutiert wurde. Die Ausschüsse wurden von den »echten« Abgeordneten geleitet. Alle Themenvorschläge kamen von den Schülern. »Mehr Sitzbänke an den Bushaltestellen«, »Neue Tafeln in den Schulen – alte sollen durch Whiteboards ausgetauscht werden«, »Antrag Radweg von Fehrbellin nach Linum«, »Verbesserung der Buszeiten« lauteten einige Anträge. Nach einer abschließenden Fraktionssitzung kamen alle Schüler in einer großen, fiktiven Gemeindevertreterversammlung in der Turnhalle zur Abschlussdebatte zusammen. Hier wurde insgesamt über 18 Anträge abgestimmt. Die Sitzung wurde vom »echten« Vorsitzenden der Gemeindevertretung Hans-Peter Erdmann geleitet. Die Schüler konnten in einer praktischen Auseinandersetzung mit konkreten Themen vor Ort und im Gespräch mit den bekannten regionalen Politikern lernen, wie die Idee auf der politischen Ebene bis zur praktischen Umsetzung realisiert werden kann. Sie konnten erfahren, dass Politik

nicht nur was für Erwachsene ist, sondern dass auch sie Einfluss und Möglichkeiten haben, etwas in ihrer Gemeinde zu verändern. Politik muss nicht langweilig, sondern kann durchaus spannend sein und Spaß machen.

Jugend an Kommunalpolitik heranführen

Als kommunale Abgeordnete haben wir dabei auch eine große Verantwortung, den Schülern das so näher zu bringen, um sie für das politische Geschehen in ihrer Heimat zu begeistern. Ich und viele meiner Abgeordnetenkollegen konnten erkennen, welches Potenzial in den Jugendlichen schlummert, wenn man ihnen entsprechendes Gewicht und Mitspracherecht einräumt. Es ist für uns wichtig zu wissen, was die Jugendlichen denken, welche Bedürfnisse und Vorstellungen sie vom Leben hier in Fehrbellin und Umgebung haben, damit wir nicht an ihren Interessen vorbei bestimmen.

Es war für mich schön zu erleben, dass gerade in einer Zeit der Politikverdrossenheit ein Großteil der Jugendlichen mit aktiver Teilnahme, Spaß und Interesse dabei waren. Nun erwarten die Schüler von uns Kommunalpolitikern, dass wir ihre Vorschläge und »Beschlüsse« für ein besseres Leben in der Gemeinde aufgreifen, weiterentwickeln und entsprechend der gegebenen Möglichkeiten, die uns der Finanzhaushalt bietet, auch umsetzen.

Der Fehrbelliner Bürgermeister Mathias Perschall (SPD) hat in der letzten Gemeindevertreterversammlung alle Abgeordneten ausführlich über die Ergebnisse des Projektes informiert und zugesichert, dass in den nächsten Sitzungen die Vorschläge der Schüler weiter diskutiert werden.

Die Linksfraktion wird diesen Prozess weiter aufmerksam begleiten und wenn notwendig, entsprechend Druck ausüben, um möglichst viele der wertvollen Ideen in die Praxis umzusetzen. Nur wenn die Schüler auch sehen, dass wir ihre Gedanken ernst nehmen und die Vorschläge nicht in der Schublade verschwinden, werden sie sich auch in Zukunft weiter für Politik interessieren.

Dieter Sarnow
Fraktionsvorsitzender

Aufgelesen

Urlaub

Balkongeflüster
Grillgeplänkel
Nachbarschaft
dabei zu sein

Janina Niemann-Rich

Neues aus der Fontanestadt

Neuruppin: Mit drei großen Schritten in die Moderne

Mit gleich drei Beschlüssen hat die Stadtverordnetenversammlung in der letzten Zeit einen Schritt in die Zukunft gemacht. Der erste Beschluss wurde schon am 27. April getroffen und trat mit der jetzigen Sitzungsschiene in Kraft. Auf Antrag der SPD, und ausdrücklich unterstützt durch unsere Stadtfraktion, können die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses sowie der Stadtverordnetenversammlung per Livestream über das Internet übertragen und auf YouTube archiviert werden. Für uns als Fraktion ist das ein guter Schritt, um Menschen die Möglichkeit zur Teilnahme zu geben, die durch äußere Umstände verhindert sind oder zur Sitzungszeit arbeiten müssen. Über 30 Zuschauer haben die erste Sitzung per Livestream verfolgt, was beweist: Das Interesse ist da.

Dem zweiten Beschluss war ein gemeinsamer Antrag von LINKEN und GRÜNEN vorausgegangen, sich dem Bündnis »Mayors for Peace« (Bürgermeister für den Frieden) anzuschließen. In diesem Bündnis setzen sich weltweit über 6.000 Kommunen für den Abbau von Atomraketen ein. Für uns als LINKE, die sich nach wie vor als Friedenspartei sieht, war dieser Antrag eine Herzensangelegenheit. Auch in Deutschland sind immer noch unzählige Atomwaffen stationiert, die hier nichts zu suchen haben, da sie mit dazu beitragen, unsere Sicherheit zu gefährden. Die Gefahr eines Atomkrieges ist leider weiterhin vorhanden. Wir wollen eine Atomwaffenfreie Zukunft!

Beim dritten Beschluss handelte es sich um einen fraktionsübergreifenden Antrag, bei dem sich alle demokratischen Parteien zusammengeschlossen hatten. Hier geht es darum, dass in Zukunft kaputte oder zu alte Mülleimer durch solche ausgetauscht werden, bei denen die Möglichkeit zur Mülltrennung besteht. So soll langfristig auch bei öffentlichem Müll der Fontanestadt dafür gesorgt werden, dass nicht mehr alles wahllos in einem Eimer kommt. Was für private Haushalte schon seit Ewigkeiten gilt, soll nun auch schrittweise in der Stadt zur Normalität werden. Wir freuen uns über all diese Beschlüsse, besonders darüber, dass sie mit Hilfe der Linksfraktion erfolgreich angenommen worden sind.

Paul Schmudlach, Fraktionsvorsitzender

Neuruppiner AfD-Fraktion löst sich auf

Jetzt kommt es ganz dick. Genauer gesagt: Baumdick. Bei der Aufstellungsversammlung des AfD-Kandidaten zur Bürgermeisterwahl zeigte sich einmal mehr die Zerrissenheit der Rechtsextremen. Es bewarben sich Gabriele Köhler, Arnd Heymann und Klaus Baumdick. Gewählt wurde Baumdick, der mit seinem eigenen Corona-Verschönerungsbeitrag aus den Ruppiner Kliniken bekannt wurde. Aus Protest verließ Georg Kamrath seine eigene Partei und Ratsfraktion in Neuruppin. Auch im Kreistag sind Verschiebungen zu erwarten.



Neuruppin macht sich auf den Weg zur klimaneutralen Stadt

Die Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung Neuruppin will konkret zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den städtischen Gesellschaften und der Stadtverwaltung beitragen. Ein erster Arbeitsbesuch galt den Stadtwerken Neuruppin. Von Seiten der Stadtwerke – sehr gut vorbereitet und organisiert – war Schwerpunkt die CO²-Bilanz von Neuruppin und daraus abgeleitet eine Strategie mit Szenarien und konkreten Handlungsempfehlungen für eine Reduzierung der CO²-Emissionen durch die Erzeugung und Nutzung von Energie perspektivisch ohne den Verbrauch fossiler Energieträger (Stichwort: Dekarbonisierung).

Zwischen 1990 und 2019 lag die Reduzierung der CO²-Emissionen in Neuruppin insgesamt bei 52, die der energetischen CO²-Emission pro Einwohner bei 48%. Ziel ist jetzt, bis 2030 die Wärmeversorgung CO²-neutral zu gestalten. Basis sind hier der bereits jetzt erreichte hohe KWK-Anteil (Kraft-Wärme-Koppelung) von 75 % bei der Wärmeerzeugung sowie das bestehende Fernwärmenetz und dessen Ausbau auf der Grundlage der Fernwärmeversorgung.

Angestrebt wird von Seiten der Stadtwerke eine gemeinsame Verpflichtungserklärung zwischen Konzern und Stadt zur CO²-Neutralität bei kommunalen Projekten. Hier ist in jedem Fall die Unterstützung durch die Stadtpolitik notwendig! Umfangreich informiert wurde über aktu-

ell bereits umgesetzte und in Vorbereitung befindliche innovative Vorhaben, so unter anderem die solarthermischen Projekte, WoMeNa bei der WBG, Solarthermie WK III und Stöffiner Weg. Für das WoMeNa-Projekt wurden die Stadtwerke mit dem Energieeffizienzpreis 2019 des Landes Brandenburg ausgezeichnet.

Aktiv vorbereitet wird der Einsatz von Holzbrennstoffen, die Stadtwerke betreiben selbst circa 150 ha Kurzumtriebsplantagen. Das Heizhaus in der Gerhart-Hauptmann-Straße wird mit einer Feststoffkesselanlage ausgerüstet.

In Vorbereitung ist die Errichtung einer Bioabfallverwertung am Standort des Klärwerkes.

Diskutiert wurde auch das Engagement der Stadtwerke bei der Errichtung von E-Tankstellen in der Region, aber auch über Grenzen für die technische Machbarkeit. Blick auf Entwicklung und stärkeren Einsatz von Wasserstofftechnologien Regionale Planungsgemeinschaft.

Sehr interessant waren auch der Blick auf mögliche gemeinsame Vorhaben mit Dritten in der Region, eine großflächige Photovoltaik-Anlage an der Bundesautobahn A 24 oder die Errichtung von Windkraftanlagen als Bürgerbeteiligungsmodell im Windpark Manker-Protzen. Geplant wird in diesem Zusammenhang der Bau eines eigenen Umspannwerkes.

Fazit der Diskussion: Die Stadtwerke sind
Fortsetzung auf Seite 8

Corona-Faktencheck: Wir zahlen nicht für eure Krise!

*Ines Nowack über die Verlierer
und Gewinner der Corona-Krise*



Die Epidemie tritt derzeit in Europa in den Hintergrund. In den Vordergrund rückt die Wirtschaftskrise, mit ihr die ersten großen Pleiten, wie Karstadt-Kaufhof und die Konkretisierung der Finanz-Crash-Gefahr, z.B. Wirecard. Noch in diesem Sommer wird in Deutschland die Marke von drei Millionen Erwerbslosen überschritten. Im Hintergrund droht eine zweite Welle. Und es besteht immer die Gefahr, dass die dramatische Klimaerwärmung (siehe der tauende Permafrostboden in Sibirien) zu einem weit umfassenderen Lockdown führt, als das Corona-Virus einen solchen erzwingt.

Für die Regierenden ist klar: Die gigantischen Hilfsprogramme sollen am Ende von der Mehrheit der Bevölkerung finanziert werden – unter anderem mit Sparprogrammen, neuen Klinik-Schließungen, noch mehr Privatisierung und höheren Renten- und Sozialversicherungsbeiträgen. Für uns ist klar: »Wir zahlen nicht für eure Krise!« Doch welche Antworten geben wir in dieser Krise? Genauer: Wie beantworten wir die falschen Antworten, die die Herrschenden bislang geben? Drei Branchen können hier Aufschluss geben: Die Fleischbranche, die Luftfahrt und die Auto-

industrie. Alle drei tragen zur Epidemie bei. Alle drei tragen zur Klimaerwärmung bei. Alle drei stehen im Zentrum der Wirtschaftskrise.

»Systemrelevante« Fleischwirtschaft oder Chance zur Reduktion des Fleischkonsums?

Vor Corona wusste kaum jemand, dass dieser Sektor ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist – mit 120.000 Beschäftigten und 45 Milliarden Euro Umsatz. Mit einer enormen Kapitalkonzentration. Mit einem Weltmarktanteil von neun Prozent bei der Schweineschlachtung. Mit wachsender Exportquote – exportiert wird nicht zuletzt nach China (auch, so Tönnies, »Füßchen, Öhrchen, Schnäuzchen«). Obgleich die Lohnkosten in der Branche weniger als 8 Prozent ausmachen, herrscht dort das extreme Ausbeutungssystem, vor allem osteuropäischer Werkvertragsarbeiter. Die Schlachthöfe tragen massiv zur Ausweitung der Corona-Infektionen bei. Der weltweit wachsende Fleischkonsum, den die Branche vorantreibt, ist mitverantwortlich für die Klimaerwärmung, u.a. durch eine Verzehnfachung des Tierfutter-Soja-Anbaus seit 1960, verbunden mit Regenwaldzerstörung. Doch was

passierte in der Krise? Die Fleischwirtschaft wurde als »systemrelevant« eingestuft. Ihre Expansion setzt sich fort. Dabei bietet die Krise die Chance zur Politikwende: Für eine Kampagne zur Reduktion des Fleischkonsums, zur Förderung von vegetarischer und veganer Ernährung, zur Ausweitung der Biolandwirtschaft, zur Förderung regionaler Agrarwirtschaft mit der Schaffung Zehntausender nachhaltiger Arbeitsplätze.

9 Milliarden Euro Steuer- gelder für den Lufthansa- Staatseinstieg – ohne Mitbestimmungsrechte

In der Luftfahrtbranche sind – einschließlich Flughäfen, Airlines und dem Flugzeugbau (Airbus) mit einem Rüstungsanteil rund 330.000 Menschen beschäftigt. Der Umsatz liegt bei 40 Milliarden Euro. Der Flugverkehr trug erheblich zur Epidemie bei; das Virus wurde in Flugzeugen und vor allem von Geschäftsleuten in alle Teile der Welt exportiert. Der Flugverkehr trägt massiv zur Klimakrise bei. Aktuell steckt die Branche in einer tiefen Krise; die Fluggastzahlen sind um 85-90 Prozent eingebrochen. Allein die Lufthansa verbrennt pro Stunde eine Million Euro. Die Krise bietet die Chance zum Umsteuern. Doch was machen die Regierenden? Die Lufthansa wird als »systemrelevant« eingestuft. Neun Milliarden Euro Steuergelder werden für den Lufthansa-Staatseinstieg bezahlt – ohne Mitbestimmungsrechte. Nötig wäre eine völlig andere Politik: Downsizing des Flugverkehrs. Renaturierung von Airports (siehe der Erfolg Tempelhof!). Übernahme von Stewardessen und Piloten in den übrigen öffentlichen Verkehr. Allein im Bereich Schiene fehlen 3.000 Zugbegleiter und 1.500 Lokführer.

Wolfsburg und Stuttgart als Geisterstädte?

Die Autoindustrie ist ein Dick-schiff: 450 Milliarden Euro Umsatz. 63 Prozent Exportquote. Anfang 2020 gab es noch 820.000 Beschäftigte.

Ende 2020 werden es rund 75.000 weniger sein. Es drohen Pleiten (Opel, Leoni), Werk-schließungen und Massen-entlassungen. 2020 wird der Autoabsatz um 30 Prozent absacken. Wenn die ehemalige Glitzermetropole Detroit zur Armuts- und Geisterstadt wurde, droht Vergleichbares auch Wolfsburg und Stuttgart. Die Autobranche trägt zur Epidemie bei: Eine hohe Feinstaubbelastung erleichtert das Eindringen des Virus in die Tiefe der Lunge. Die Branche ist mitverantwortlich für die Klimaerwärmung, auch bei der teilweisen Umstellung auf Elektroautos. Was macht die Politik? Es gibt neue Steuermilliarden für die Autokonzerne. Neue Gelder für Ladesäulen. Neue Versuche, in Brüssel die Schadstoff-Grenzwerte wieder anzuheben. Dabei böte die Krise die Chance für die Verkehrswende. Konversion (Umwandlung) von Autoproduktionsanlagen in Anlagen zur Fertigung von Loks, Waggons und Bussen. Übernahme von Autobeschäftigten in einen auszubauenden öffentlichen Verkehrssektor. Tempolimit, massiver Ausbau der Radwege. Entschleunigung und Gewinnung von Lebensqualität.

Politikwende um 180 Grad ist nötig

Bereits ein Blick auf diese drei Branchen zeigt: Die Krise bietet Chancen für die Politikwende. Doch die Regierenden erklären Sektoren für »systemrelevant«, die die Systeme Klima, Umwelt und Gesundheit zerstören. Sie steuern diese Branchen in eine Richtung, die die zerstörerischen Potenzen steigern. Damit wird auch eine zweite Welle der Epidemie begünstigt. Damit wird die Klimakrise neu angeheizt. Damit werden Dutzende Steuermilliarden verbrannt. Indem Arbeitsplätze ohne Nachhaltigkeit erhalten werden, werden letzten Endes Hunderttausende Jobs gefährdet.

Nur ein umfassender Wechsel macht Sinn

Millionen Menschen können erkennen, dass die bestehende



Wirtschaftsweise fehlgesteuert ist, dass ein großer Teil von Produktion und Dienstleistungen unnötig, wenn nicht zerstörerisch sind, dass ein Umbau von großen Teilen der Wirtschaft und die Übernahme von Schlüsselsektoren durch den Staat und deren demokratische Kontrolle notwendig sind, dass auf diese Weise gewaltige Kapazitäten von gesellschaftlicher Arbeit freierwürden – für Arbeitszeitverkürzung, höhere Einkommen der durchschnittlichen Bevölkerung,

für sinnvolle Investitionen in Energie- und Verkehrswende, Kultur und Bildung. Solidarität muss neu entwickelt werden. Eine neue solidarische Gesellschaft jenseits des Kapitalismus, in der der Mensch, dessen Gesundheit, der Schutz von Umwelt und Klima im Zentrum stehen, muss auf die Tagesordnung.

Ines Nowack

Stellv. Kreisvorsitzende

Quelle: FaktenCheck Corona Nr. 2 – Juli 2020

Der Kandidat für alle Neuruppiner im Gespräch

Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Nominierung, Herr Klier. Wie möchten Sie als Bürgermeister agieren?

Gerd Klier: Für das mir entgegengebrachte Vertrauen möchte ich mich recht herzlich bedanken! Der Bürgermeister hat die Gesetze und insbesondere die Beschlüsse der Stadtverordneten umzusetzen. Die Verwaltung ist so zu führen, dass diese effektiv im Dienste der Bürger arbeitet. Schließlich werden die Verwaltung und die Mitarbeiter durch die Steuern unserer Bürger bezahlt. Hierbei lassen sich viele Akzente unter größtmöglicher Einbeziehung der Neuruppiner Bürgerschaft setzen, die es zu nutzen gilt. Darüber hinaus muss während der Pandemie alles getan werden, damit unter Minimierung der Risiken das städtische Leben aufrechterhalten wird – unter größtmöglichem Schutz der Gesundheit und des Lebens unserer Bürger. Alle Lebensbereiche müssen nachhaltig funktionieren, das berufliche, private, kulturelle und sportliche Leben.

Welche Akzente möchten Sie im Wahlkampf setzen?

Gerd Klier: Nicht umsonst haben wir uns für »Ganz Neuruppin im Blick« als Kernbotschaft entschieden. In Neuruppin haben wir den großen Vorteil, dass die Stadtwerke, die NWG und die Inkom zu 100 Prozent im städtischen Eigentum sind. Hier lassen sich noch viele Potenziale heben, um beispielsweise langfristig genügend bezahlbaren Wohnraum, günstige Energiepreise, eine attraktive Wirtschaft und ein kulturelles Stadtleben zu gewährleisten, immer unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit. Soziale Einschnitte darf es nicht geben. Die Ortsteile müssen gleichwertige Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten, wie die Kernstadt, haben.

Sie sind mit nur einer Gegenstimme und ohne Enthaltung von allen Parteien der Neuruppiner Stadtverordnetenversammlung zu deren Vorsitzenden wiedergewählt worden. Wie kommen Sie parteiübergreifend zu solch einem positiven Stand?

Gerd Klier: Mir geht es immer um die Sache, um unser schönes Neuruppin für die Einwohner und Gäste noch attraktiver zu entwickeln. Nur wenn wir alle zusammenwirken – egal, welche demokratische Ansichten man verfolgt – kommen wir im kritisch konstruktiven Dialog untereinander, mit den Bürgern und der Verwaltung voran. Mit dieser Herangehensweise und den Respekt vor jeder einzelnen Meinung konnte ich an einem Ausgleich zwischen den Fraktionen und einem Aus-

gleich von Politik und Verwaltung aktiv mitwirken. Dieses ausgleichende und zielführende Gestalten ist bei der Wahl honoriert worden. Hier profitiere ich von meiner zehnjährigen Erfahrung als 1. Stellvertretender Vorsitzender und anschließender siebenjähriger Erfahrung als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung. Aus diesen Gründen wurde ich in Vorbereitung der Bürgermeisterwahl von vielen Seiten angesprochen, mich diesen neuen Herausforderungen im Interesse der Neuruppiner zu stellen. Gerne bringe ich meine vielseitigen Erfahrungen und meine fachliche Kompetenz aktiv ein.

In den letzten Monaten waren Sie diversen Angriffen der AfD ausgesetzt. Wie gehen Sie damit um?

Gerd Klier: Anders als einige Vertreter der AfD habe ich gegen keinen Menschen etwas. Was mich durchaus stört, sind die Handlungen und Hetze gegen Mitmenschen, die andere Meinungen als die der AfD ihr Eigen nennen. Ich unterscheide durchaus zwischen Unzufriedenheit und Enttäuschung mit Politik und Verwaltung. Diese Mitbürger muss man mit ihren Ängsten, Nöten, Erfahrungen und Problemen ernst nehmen. Dies bedeutet aber keine Akzeptanz von Intoleranz, von nationalsozialistischem Gedankengut und einem Nationalismus, der die eigene Nation über andere Nationen stellt. Unser Grundgesetz gewährleistet, als Lehre aus der Geschichte, die Menschenwürde und die Gleichheit aller Menschen. In Art. 2 Absatz 1 GG heißt es: »Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt ...«. Hieran sind auch die Mitglieder der AfD gebunden.

Was möchten Sie den Wählern als Bürgermeisterkandidat mit auf den Weg geben?

Gerd Klier: Mit meiner linken Einstellung, dass sämtliches Verwaltungshandeln und die Politik im Interesse der Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Bürger stehen muss, gehe ich auch in die Bürgermeisterwahl. Lasst uns immer gemeinsam mit der Maxime handeln: »Ein guter Bürger fragt nicht, was kann die Stadt für mich tun, sondern was können wir für Neuruppin und unsere Mitbürger tun.« Dann sind wir als Gemeinschaft in der Lage, die Gegenwart gut zu bewältigen und die Zukunft Neuruppins noch lebensfroher und familienfreundlicher zu gestalten.

Wir bedanken uns für das angenehme Gespräch und wünschen Ihnen viel Erfolg!

Kurzmeldungen

König leitet doch den Bundestagswahlkampf

In einem Schreiben an die LINKEN-Mitglieder kündigte Justin König ursprünglich an, für die Bundestagswahl 2021 nicht die Funktion des Wahlleiters übernehmen zu wollen. Er habe vor, sich auf andere Aufgaben zu konzentrieren. In der jüngsten Sitzung des Kreisvorstandes wurde der 22-jährige noch einmal ermuntert, den Wahlkampf im Kreis zu betreuen. Der Kreisverband soll im Januar 2021 einen neuen Vorstand wählen. Fest steht, dass er nicht erneut für die Funktion des Geschäftsführers kandidiert. »Die Partei müsse sich Gedanken um meine Nachfolge machen«, so König.

Das linke Ohr spitzen ;-)

Sie haben den Radiomitschnitt zur Kandidatur-Bekanntgabe von Gerd Klier (Antenne Brandenburg) verpasst? Kein Problem! Scannen Sie einfach den unten angegebenen QR-Code mit Ihrer Smartphone-Kamera oder klicken Sie auf den nachfolgenden Link: <https://www.youtube.com/watch?v=wM6Uxzk0KU>



Unser Konto für Spenden & Einzahlungen

DIE LINKE. OPR
IBAN: DE47 1606 1938
0001 6323 61

BIC: GENODEF1NPP

Raiffeisenbank
Ostprignitz-Ruppin eG

Verwendungszweck:
Spende Märkische Linke

Bitte benennen Sie Ihren Namen und Ihre Adresse an. Die Daten behandeln wir vertraulich.

Neuruppin macht sich auf den Weg zur klimaneutralen Stadt

Fortsetzung von Seite 5

für die anstehenden Herausforderungen sehr gut aufgestellt. Es gilt, möglichst viele Partner zur Erreichung der ambitionierten Ziele zu aktivieren. Die Zusammenarbeit mit dem Landkreis ist schwierig – das ist eine Aufgabe für die Kreistagsfraktion. Trotz innovativem Herangehens ist das Zusammenwirken mit Stadt- und Kreisverwaltung oft zu bürokratisch, ein Nachdenken über Konkretisierung der Neuruppin-Strategie 2030 zu den

Themen Klima und Energie wäre hilfreich. Unterstützung wird sich auf Bundesebene gewünscht, um die geplante CO²-Steuer abzuwenden, die ab 2021 auch die kommunalen Stadtwerke erheblich belasten wird, und damit auch die Verbraucher vor Ort. Gesprächspartner von Seiten der Stadtwerke waren die Geschäftsführer Zindler und Uebach sowie die Herren Dzasokhov und Retzlaff.

Hans Schaefer

Keine Corona-Hilfen für die Rüstung!

Die Bundesregierung missbraucht die Corona-Hilfen, um höhere Rüstungsausgaben durchzusetzen. Im Corona-Nachtragshaushalt sind allein rund 700 Millionen Euro für Militärzwecke versteckt. Zum Beispiel 70 Millionen Euro für ein Digitalisierungs- und Technologieforschungszentrum der Bundeswehr, oder 135 Millionen, um alte Liegenschaften der Bundeswehr wiederzueröffnen. Damit werden Corona-Hilfen zweckentfremdet. Wir brauchen jetzt jeden Cent, um mit der Pandemie fertig zu werden. Alle Rüstungsprojekte müssen auf die Warteliste. Es gibt Wichtigeres, als alte Rüstungsprojekte neu zu beleben. Als LINKE haben wir deshalb im Bundestag beantragt und gefordert: Kein Konjunkturpaket für die Rüstungsindustrie!

Doch die Bundesregierung macht das Gegenteil: Vor der Sommerpause haben Union und SPD neue Rüstungsbeschaffungen im Wert von 9,3 Milliarden Euro durch den Bundestag gebracht. Vier Mehrzweckkampfschiffe für rund 5,5 Milliarden Euro und ein neues Radarsystem für den Eurofighter, der deutsche Anteil beträgt dabei 2,85 Milliarden Euro. Nach der Sommerpause soll es so weitergehen: Geplant sind unter anderem eine Beschlussvorlage für die Eurodrohne, Flugkörper für die Korvetten und Lenkbomben für den Eurofighter. Die Bundesregierung muss endlich an den richtigen Stellen sparen. Wir müssen eine zweite Corona-Welle verhindern – deshalb darf es keine neue Rüstungswelle geben.

DIE LINKE.

**Konsequent sozial
für Stadt und Land**

Kontakte

DR. KIRSTEN TACKMANN, Bundestagsabgeordnete, agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«
Tel: 030 22774309 Fax: 030 22776308
Funk: 0173 3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Straße 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **JUSTIN KÖNIG**
Tel: 033971 32857 Fax: 033971 32893
E-Mail: koenig@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten: Mo. u. Di. 9.30 - 14.30 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **PAUL SCHMUDLACH**
Tel.: 03391 2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten: Mo. - Do. 10.00 - 16.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **CHRISTIAN RICHTER**
Tel: 03394 4031363
E-Mail: richter@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Di. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Do. 16.00 - 18.00 Uhr

RONNY KRETSCHMER, Landtagsabgeordneter, Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik sowie Gesundheits- und Pflegepolitik
Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiterin **JENNY SALZWEDEL**
Tel: 03391 5123477
E-Mail: ronny.kretschmer@linksfraktion-brandenburg.de
Sprechzeiten: Di. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

DIE LINKE. OSTPRIGNITZ-RUPPIN
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel: 03391 655420
Fax: 03391 655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Di. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **JUSTIN KÖNIG**
Termine nach Absprache

Kreisschatzmeisterin **KERSTIN BRENDLER**
1. Freitag im Monat: 15:30 - 17:30 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel: 033971 72086
Fax: 033971 32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten: Do. 10.00 - 11.30 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel: 03394 4031364
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Di. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Rätsel

Väter und Söhne
Zwei Väter und zwei Söhne stellen sich nebeneinander vor einem großen Spiegel auf. Doch im Spiegelbild sind nur drei Personen zu sehen. Wie kann das sein?

Termine (Aktualisierungen auf www.dielinke-opr.de beachten)

Donnerstag, 06.08.20	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 18 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 10.08.20	Beratung des geschäftsf. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch 26.08.20	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Mittwoch, 02.09.20	Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Bodenreform 10 Uhr, Kyritz – Perleberger Str. 8, Bodenreformdenkmal
Montag, 07.09.20	Beratung des geschäftsf. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Buchtipps



Nach 30 Jahren Vereinigung ist die innere Spaltung zwischen Ost und West so tief wie eh und je; und es haben sich sogar neue Klüfte aufgetan, die unser Gemeinwesen erschüttern. Sie haben damit zu tun, dass die vermeintlichen Sieger der Geschichte das Erbe der beitragsgeprüften Ostdeutschen komplett ausgeschlagen haben. Was hat die »friedliche Revolution« den Menschen in Ost und West also gebracht? Viele Annehmlichkeiten, sicher, aber revolutioniert wurde nichts. Die Geschichte des Anschlusses der DDR ist eine Geschichte von Demütigungen, einer tätigen Verachtung ihrer Kultur, Literatur, Wirtschaft und sozialen Infrastruktur, die immer weiter fortwirkt.

Bildrechte: (1) DIE LINKE. OPR (2) Wikimedia Commons (3) Wikimedia Commons Olaf Kosinsky (4) Kirsten Tackmann (5) Kreisverwaltung Landkreis Ostprignitz-Ruppin (6) Pimp Your Town (7) Christian Juhre, Stadtwerke Neuruppin (8) DIE LINKE. OPR (9) AdobeStock 332868026 (10) Daniela Dahn

Herausgeber: DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisvorstand, Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. Paul Schmudlach, E-Mail: redaktionml@dielinke-opr.de
Leitender Redakteur: Justin König, Redaktion: Achim Behringer, Christa Horstmann, Hans-Joachim Müller, Hans Schaefer, Jürgen Schubert.

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers beziehungsweise der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 21.08.2020
Erscheinungsdatum: 03.09.2020